

Überregionaler Pressespiegel 29.01.2012

TAZ | 29.01.2012 | Michael Bartsch

"Wir blockieren!"

Paul Tschirmer, Sprecher von "Dresden Nazifrei", über Gewaltfreiheit, die Legitimität von Blockaden, CDU-Mann Tillich und den Stand der Mobilisierung.

taz: Herr Tschirmer, die Einstellung zu den Naziaufmärschen im Februar beachtlich gewandelt. Nach den "NSU"-Enthüllungen stellt sich Ministerpräsident Stanislaw Tillich verbal an Ihre Seite. Freuen Sie sich?

Paul Tschirmer: Prinzipiell begrüßen wir es natürlich, wenn Politiker aller Couleur zum Kampf gegen Rechts aufrufen. Aber eigentlich hat jemand wie Tillich nach dem CDU-Verhalten in der Vergangenheit nicht die Legitimation, dazu Stellung zu nehmen.

Von städtischen Arbeitsgruppen ist das Bündnis nicht eingeladen worden. Ärgerlich?

Grundsätzlich macht uns das Nebeneinander erst einmal nichts aus. In der "AG 13. Februar" sitzen nun einmal Kräfte, die die Funkzellenabfrage befürwortet haben und die bei der Aufarbeitung dieser Datenaffäre eine Salamtaktik zeigen. Wir erwarten nicht, dass nun die städtische AG zu Blockaden aufruft, aber wir sind froh, dass sie sich engagierter zeigt und beispielsweise eine Kundgebung in Hör- und Sichtweite der Nazis befürwortet.

Sie unterscheiden sich von anderen Nazigegnern durch die konsequenten Aufrufe zu Blockaden. Materiell ein Rechtsverstoß.

Es ist ein formaler Regelverstoß, aber es gibt unterschiedliche Betrachtungsweisen. Wir sehen uns gestärkt durch Urteile des Bundesverfassungsgerichts, dass diese Form von Blockaden unter den Schutz des Versammlungsrechts gestellt hat. Wir blockieren und zeigen, dass Nazis keinen Platz in dieser Gesellschaft haben. Außerdem wollen wir alle damit stärken, die Zivilcourage gezeigt haben, ihrem Gewissen gefolgt sind und deshalb von Politikern und Ermittlungsbehörden diffamiert und kriminalisiert werden.

Auch von Nazigegnern wurden Gewalttaten verübt - distanzieren Sie sich davon?

Wir haben unsere Aktionsformen und unseren Aktionskonsens und können keine Verantwortung für Leute übernehmen, die von außerhalb anreisen und selbstständig agieren. Wir hatten im Vorjahr ein Problem mit dem veränderten Konzept der räumlichen Trennung von Naziaufzügen und Gegendemonstranten. Das frühe Einschreiten der Polizei hat auch Aggressionen bei friedfertigen Bürgern freigesetzt. Wir kontrollieren niemanden, jeder ist für sich selbst verantwortlich. Wir können nur an die Einhaltung unseres eskalationsfreien Konzepts appellieren.

Schreckt die bekannte gewordene massenhafte Abfrage von Handydaten Demonstranten in diesem Jahr ab?

Der Mobilisierungsstand ist gut. Viele sprechen mit uns, bei Facebook gibt es mittlerweile rund 16.500 Unterstützer. Wir rechnen damit, dass mit mehr als 15.000 Bürgern etwa die gleiche Anzahl wie im Vorjahr nach Dresden kommen wird.

<http://www.taz.de/Buendnis-Sprecher-ueber-Nazi-Aufmarsch!/86555/>

Politiker, Bischöfe, Theologen und kirchlich Engagierte rufen zur Beteiligung an Blockaden gegen Neonaziaufmärsche in Dresden auf

Gera (Evangelische Kirche Gera) - Politiker, Bischöfe, Theologen und kirchlich Engagierte rufen zur Beteiligung an Blockaden gegen Neonaziaufmärsche in Dresden auf

Unter dem Motto „Nächstenliebe verlangt Klarheit – Kein Naziaufmarsch, nirgendwo“ ruft ein breites Bündnis von mehr als 50 PolitikerInnen, BischöfInnen, PfarrerInnen, TheologInnen, EKD-Synodalen und kirchlich Engagierten zu einer Teilnahme an den Protesten gegen den Neonaziaufmarsch im Februar 2012 in Dresden auf. Zu den ErstunterzeichnerInnen des Aufrufs gehören u.a. die Bundestagsvizepräsidenten Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen) und Wolfgang Thierse (SPD), die Landesbischöfin der Evangelischen Kirche Mitteldeutschlands, Ilse Junkermann, der Hannoveraner Landesbischof Ralf Meister sowie Oberkirchenrat Christhard Wagner aus Thüringen und Martin Salm, Vorstandsvorsitzender der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ).

In dem Aufruf der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (BAGKR) zu einem christlichen Blockadepunkt im Kontext der Proteste gegen die für den 13. und 18. Februar 2012 in Dresden geplanten Neonaziaufmärsche heißt es u.a.: „Gerade als Christinnen und Christen sind wir aufgefordert uns der menschenverachtenden und menschenfeindlichen Ideologie der Neonazis massiv entgegenzustellen. Wir laden alle Menschen ein, sich am 13./18. Februar 2012 unter dem Motto "Nächstenliebe verlangt Klarheit – Keine Naziaufmärsche, nirgendwo" an unserem christlichen Blockadepunkt zu beteiligen.“

„Weil wir als Christen und Christinnen das Recht auf freie Meinungsäußerung als hohes Gut schätzen, müssen wir uns denen entschlossen entgegenstellen, die die unveräußerlichen Menschenrechte mit Füßen treten und die Demokratie beseitigen wollen,“ sagt Christian Staffa, Geschäftsführer von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste und Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (BAGKR). „Von den Kriminalisierungsversuchen zivilen Ungehorsams durch Teile der Politik und Behörden lassen wir uns nicht irritieren. Gewaltfreie Blockaden sind eine Gewissensentscheidung und gehören zum Grundrecht auf freie Meinungsäußerung.“

Der Aufruf kann online unter www.asf-ev.de oder www.bagkr.de unterzeichnet werden.

http://www.dtoday.de/regionen/mein-today/kirchen_artikel,-Politiker-Bischoefe-Theologen-und-kirchlich-Engagierte-rufen-zur-Beteiligung-an-Blockaden-gegen-Neonaziaufmaer-sche-in-dresden-auf-arid.128694.html

Ergänzungen Überregionaler Pressespiegel 28.01.2012

Neues Deutschland | 28.01.2012

Kein gemeinsamer Aufruf im Landtag

Dresden (dpa/nd). Sachsens SPD ist im Landtag mit einem Aufruf zu friedlichen Protesten gegen den im Februar geplanten Neonaziaufmarsch in Dresden gescheitert. CDU und FDP beharrten darauf, dass sich das Parlament von Blockaden der Demonstrationen distanziert. SPD-Fraktionschef Martin Dulig, LINKE und Grüne zeigten sich tief enttäuscht. Dulig hatte im Vorfeld eindringlich dafür geworben, ein deutliches Signal der Einigkeit auszusenden: »Es muss einen gemeinsamen Kern der Debatte geben, nämlich dass wir gemeinsam den Rechtsextremismus bekämpfen.«

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/216887.kein-gemeinsamer-aufruf-im-landtag.html>

Neues Deutschland | 28.01.2012

Vorläufig keine Ermittlungsverfahren

Berlin (dpa/nd). Die Staatsanwaltschaft Dresden darf die von ihr geplanten Ermittlungsverfahren gegen die beiden sächsischen LINKEN-Bundestagsabgeordneten Caren Lay und Michael Leutert vorläufig nicht einleiten. Der Immunitätsausschuss beschloss am Donnerstag, die dafür vorgesehene Frist bis zum 15. Februar auch wegen möglicher Verfahrensfehler zu verlängern, wie Leutert der Nachrichtenagentur dpa sagte. Leutert hatte wie LINKE-Bundesgeschäftsführerin Lay im Februar 2011 in Dresden an Aktionen gegen einen Neonaziaufmarsch teilgenommen.

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/216888.vorlaeufig-keine-ermittlungsverfahren.html>
